

„Die Parteiendemokratie ist nicht in der Krise“

Professor Eckhard Jesse: CDU und SPD fehlt die Profilschärfe / Auftakt der Vortragsreihe des Freundeskreises der Akademie Loccum

Von Peter von Döllern

Osterholz-Scharmbeck. Die Volksparteien CDU und SPD bekommen immer weniger Stimmen. Setzt sich der Trend fort, kann eine Bundesregierung nur noch durch Koalitionen aus drei oder mehr Parteien gebildet werden. Schon machen Vergleiche mit italienischen Verhältnissen die Runde, eine Instabilität der deutschen Politik suggerierend. Ist die Parteiendemokratie in der Krise? Nein, sagt Professor Eckhard Jesse. Jesse gibt sogar den Volksparteien eine Chance. Sie müssen nur auf die Situation reagieren. Das war die Kernaussage seines Vortrags am Freitag in der Sankt Willehadi Kirche.

Seine Ausführungen bildeten den Auftakt der Vortragsreihe des Freundeskreises der Evangelischen Akademie Loccum im Winterhalbjahr. Das aktuelle Thema war mit Blick auf die Bundestagswahlen mit Bedacht gewählt. Jesse ist Wahl- und Parteiforscher an der Technischen Universität Chemnitz und Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politik-

wissenschaft. Er lieferte eine Reihe von Zahlen, die seine These untermauern. Eigentlich könne jeder den Trend bei Betrachtung der Fakten sehen. CDU und SPD kamen bei der Bundestagswahl zusammen nicht mal auf 60 Prozent der Stimmen. In den siebziger Jahren waren es noch über 90 Prozent. Auch bei den letzten Landtagswahlen sei der Trend ablesbar, so Jesse. Das sei nicht das Ergebnis einer Protestwahl. Vielmehr machte der Experte die Ursachen in einer fehlenden Profilschärfe von CDU und SPD aus. Die großen Parteien seien durch einen Schmusekurs viel zu gleichförmig geworden. Der Versuch, es allen recht zu machen, verwirrt offenbar Mitglieder und Stammwähler. Die Parteien schafften es nicht mehr, ihre Anhänger zu mobilisieren, was sich auch in sinkenden Mitgliederzahlen niederschläge. „Die CDU ist nicht

„Die CDU ist nicht schwarz, die SPD nicht rot genug“.

Prof. Eckhard Jesse
Wahlforscher

schwarz, die SPD nicht rot genug“, stellte Jesse fest. Die Volksparteien müssten die schwierige Situation zugeben, mahnt er. Nur mehr Profil, mehr Kanten könnte ihnen helfen. Konflikte dürften nicht unterdrückt



Prof. Jesse ist Wahl- und Parteiforscher an der Universität Chemnitz und Vorsitzender der Gesellschaft für Politikwissenschaft. FOTO: VDO

werden. Politiker, die klar ihre Meinung vertreten und auch Dinge gegen Widerstand durchdrücken, könnten auch den Parteien helfen. Die kleineren Parteien machten es derzeit vor.

Für alle gelte: Eine glaubwürdige Politik ist notwendig. Die Wähler erwarteten Antworten. Drei Viertel der Bevölkerung sei beispielsweise für einen Abzug aus Afghanistan. Doch die Volksparteien vermieden eine Auseinandersetzung mit der Frage.

Die Regierung brauche nun schnelle Erfolge, glaubt Jesse. Die SPD müsse mit den Grünen eine soziale Oppositionspolitik machen. Möglicherweise gebe es auch eine Annäherung an die Linke mit einer Art Oppositionskoalition. Ungeachtet der Frage nach der Extremheit der Linken dürfte das allerdings auch zu Problemen mit SPD-Mitgliedern führen. Nicht alle werden bei einer solchen Zusammenarbeit mitspielen, prophezeit Jesse.

In der anschließenden Diskussion gab der Wahlforscher einer Wahlpflicht und einer Senkung des Wahlalters eine Abfuhr. Die Wahlbeteiligung sei nicht unbedingt ein Gradmesser für die Politik. Außerdem gehöre zur Freiheit auch die Freiwilligkeit eines Wahlgangs. Das Wahlrecht muss für Jesse an die Volljährigkeit geknüpft sein. Sonst würde die Wahl entwertet. Wissen allein reiche zur Wahlentscheidung nicht aus. Da gehöre auch Erfahrung dazu.